

Leere Worte oder echte Wende
Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen
im Bildungswesen im Spannungsfeld
von EU-Verwaltung und
europäischer Privatisierung

Glossar der verwendeten Begriffe





Dieses Glossar der Begriffe begleitet die Studie:
“Leere Worte oder echte Wende: Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen im Bildungswesen im Spannungsfeld von EU-Verwaltung und europäischer Privatisierung”.

Die Privatisierung stellt ein Problem dar für die Fähigkeit der Gewerkschaften, Tarifverhandlungen zu führen und durch solide verankerte, in der europäischen Tradition gründende Arbeitsbeziehungssysteme die Bildungspolitik mitzugestalten. Je nach staatlichem oder pädagogischem Kontext werden zur Beschreibung ähnlicher Prozesse oft verschiedene Begriffe und Umschreibungen verwendet. Manchmal findet Privatisierung in „verdeckter“ Form statt oder wird aufgrund der charakteristischen Geschichte eines Systems als selbstverständlich angesehen. Genauso werden auch Wesen und Formen des Sozialdialogs und der Arbeitsbeziehungen in verschiedenen Kontexten häufig anders verstanden.

Dieses Glossar definiert die im Forschungsprojekt verwendeten zentralen Begriffe. Es soll den Bildungsgewerkschaften eine Orientierungshilfe dabei sein, die jeweils zu behandelnden Probleme kontextbezogen herauszuarbeiten und zu verstehen.

ETUCE-CSEE

Boulevard Bischoffsheim 15, B- 1000 Brussels
secretariat@csee-etu.org

WWW.CSEE-ETUCE.ORG

Leere Worte oder echte Wende

Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen
im Bildungswesen im Spannungsfeld
von EU-Verwaltung und
europäischer Privatisierung

Kommerzialisierung bezeichnet die Erzeugung und Vermarktung von Bildungsgütern und -dienstleistungen sowie ihren Verkauf an die Bildungssysteme und Schulen durch externe Anbieter. Sie findet in den Systemen und Schulen statt und nicht zusammen mit den Systemen und Schulen (Hogan and Thompson 2017).

Bildungstechnologie sind die Branche und die Unternehmen, die Bildungstechnologie für Lehr- und Lernzwecke anbieten.

Pädagogisierung bezeichnet eine bestimmte Art, Bildung, Lehre und Lernen als Mittel zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme der Gesellschaft (Qualifikationsdefizite und -angebot, Jugendarbeitslosigkeit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Eingliederung, sozialer Zusammenhalt, Terrorismus, etc.) umzudeuten. Als Krisenbewältigungsstrategie sorgt die Pädagogisierung dafür, dass den Bildungseinrichtungen mehr Verantwortung bei der Lösung großer Probleme zugemessen wird, während die Wurzeln dieser Probleme (z.B. Wirtschaftsmodelle und Arbeitsmarktdynamik) vielleicht gar nicht hinterfragt werden (Tröhler 2016; Valiente et al. 2020).

Liberalisierung sind strukturelle, behördliche oder eigentumsrechtliche Umgestaltungen hin zu einem markt- und wettbewerbsorientierten Paradigma. Liberalisierung hat Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft (Dunne 2017) und beinhaltet beispielsweise: 1) Politische Strategien, die auf die Erschließung neuer Märkte abzielen, z. B. im öffentlichen Sektor; 2) politische Strategien, die Deregulierung und Regulierung kombinieren, um günstige Bedingungen für den Wettbewerb zu schaffen; 3) strukturelle Reorganisation (typischerweise vertikale Trennung); 4) Privatisierung, d.h. sowohl der Verkauf von öffentlichen Unternehmen als auch die Ausgliederung oder Auslagerung von Dienstleistungen.

New Public Management (NPM) bezeichnet politische Maßnahmen zur Reformierung der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Sektors, welche die Regierungen ab Ende der 1970er Jahre durchführten, um die öffentlichen Dienste marktorientierter zu gestalten. Im Bildungssektor zeigt sich dies in der verstärkten Vermarktlichung, der Förderung des Managements in den Schulen und einer betriebswirtschaftlich ausgerichteten Lenkung von Bildungseinrichtungen, ergebnisorientierten Anreizen, in leistungsbezogener Bezahlung, stärker an den Bedürfnissen der Familien orientierten Bildungsangeboten und in standardisierten Systemen, wenn es um die Bewertung von Lehrkräften oder Rechenschaftslegung durch Lehrkräfte geht (Gunter et al 2016).



Privatisierung lässt sich grob als Prozess umreißen, der für eine stärkere Beteiligung des privaten Sektors an wirtschaftlichen Aktivitäten sorgt, die bis dahin stets Aufgabe des Staates waren (Verger 2020). Das breite Spektrum der mit der Privatisierung verbundenen politischen Strategien und Praktiken reicht vom Verkauf öffentlicher Unternehmen über die Auslagerung auf den privaten Sektor durch öffentliche Vergabe bis hin zu behördlichen Reformen und Marktöffnungen (Dunne 2017). In der letztgenannten Form kann sie auf die Schaffung von Quasi-Märkten durch institutionelle und politische Strukturen ausgerichtet sein, die das elterliche Wahlrecht, die Schulautonomie, den Wettbewerb zwischen den Schulen und die Risiko-Philanthropie bevorzugen, wobei der Staat häufig als öffentlicher Rechenschaftsgeber fungiert (Hogan and Thompson 2017).

- **Endogene Privatisierung** oder *in* der Bildung erfolgende Privatisierung umfasst das Übernehmen von Konzepten, Verfahren und Praktiken aus dem privaten in den öffentlichen Sektor, um diesen geschäftsmäßiger und unternehmerischer zu machen. Hierzu zählt z.B. Schulwahlpolitik, Budgetdezentralisierung, Wettbewerb zwischen Schulen, Veröffentlichung von Ranglisten der Schulergebnisse, neuer Managerialismus, Vertrags- und Wettbewerbsfinanzierung und Leistungsmanagement (Ball and Youdell 2008).
- **Exogene oder mit der Bildung stattfindende Privatisierung** meint die Öffnung der öffentlichen Bildung für privatwirtschaftliche Beteiligung (gleich ob gewinnorientiert oder nicht) und die Nutzung des privaten Sektors, um einzelne Aspekte der öffentlichen Bildung zu gestalten, zu lenken oder zu vermitteln (Ball and Youdell 2008, Ball 2007).
- **Politische Privatisierung** ist die Einbindung privater Unternehmen und Mäzene in die Gestaltung, Entwicklung und Umsetzung von Politik. Sie entwickelt sich, weil Akteure, Instrumente und Konzepte sich zwischen Staat, Bildungsdienstleistungen und Privatwirtschaft bewegen, und beinhaltet Faktoren wie Erkennen, Berechnen, Experimentieren und Bewerten, die das politische Denken über Bildung beeinflussen.

Leere Worte oder echte Wende

Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen
im Bildungswesen im Spannungsfeld
von EU-Verwaltung und
europäischer Privatisierung

Mäzenatentum bezeichnet die Subventionen, die in Form von Spenden und karitativen Zuwendungen von Privatwirtschaft, Spendern, NGOs sowie Wohltätern, sozialen Unternehmern und Eltern in die Bildung strömen. In einigen Fällen nehmen die privaten Spender direkt Einfluss auf die Bildungspolitik, knüpfen ihre Spenden an Bedingungen oder erwarten „Gegenleistungen“ für ihre Zuwendungen (Ball und Youdell 2008).

Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) - PPP ist ein Oberbegriff, unter dem Partnerschaften zusammengefasst werden, über die sich der private Sektor an der Bereitstellung öffentlicher Bildung bzw. am öffentlichen Bildungsbetrieb beteiligt. Zu solchen Absprachen zählen z.B. folgende Modelle (Education International 2009):

- **Infrastrukturelle PPP** - hierbei erhält ein privater Betreiber eine Franchise (Konzession) für Finanzierung, Bau und Betrieb einer Bildungseinrichtung; dies können z.B. öffentliche Schulen, Universitätsgebäude oder Wohnheime, Schulungszentren, digitale Infrastruktureinrichtungen usw. sein.
- **Privater Betrieb öffentlicher Einrichtungen** - hierbei werden Schulen oder sonstige Bildungseinrichtungen im Rahmen der Beauftragung eines öffentlichen Trägers von einer privaten (auch glaubensbasierten) Firma oder Organisation betrieben. Finanzierung (und Eigentum) liegen weiter bei der öffentlichen Hand, doch die Verwaltung erfolgt privatwirtschaftlich.
- **Outsourcing von Bildungsdienstleistungen** - die Regierungen schließen mit der Privatwirtschaft Verträge über die Bereitstellung bildungsbezogener Leistungen an Schulen, Universitäten und sonstige Bildungseinrichtungen ab, bei denen es z.B. um Lehrplanentwicklung bzw. Lehrangebote, Bewertung oder Verwaltung von Prüfungen, Schulevaluierung/-überprüfung oder Schulverbesserungsprogramme, digitale Infrastruktur und IKT-Werkzeuge für das Lehren und Lernen oder Programme zur beruflichen Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften geht.
- **PPP für Innovation und Forschung** - Regierungsprogramme fördern Partnerschaften zwischen Unternehmen und Universitäten oder zwischen Wirtschaft und Forschung, um die Ausrichtung öffentlicher Forschungsergebnisse an Markt- und Geschäftsbedürfnissen zu fördern.

Länderspezifische Empfehlungen werden jeden Frühling von der Europäischen Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters herausgegeben. Sie enthalten maßgeschneiderte Ratschläge an die einzelnen Mitgliedstaaten, wie die Entstehung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen beschleunigt und mit öffentlichen Mitteln solide finanziert werden kann. Die Empfehlungen greifen die auf EU-Ebene erkannten Prioritäten auf und erklären, was von den Mitgliedstaaten in den nächsten 12-18 Monaten erreicht werden kann.

Mehrstufiges EU-Verwaltungssystem bezeichnet ein einzigartiges, aber komplexes Verwaltungssystem, dessen Bestandteil die einzelstaatlichen Bildungs- und Arbeitsbeziehungssysteme sind. In der mehrstufigen EU-Verwaltung sind die Entscheidungsbefugnisse auf Akteure mehrerer Ebenen verteilt, und die politischen Schauplätze auf EU-, einzelstaatlicher und lokaler Ebene sind eher miteinander verbunden als ineinander verschachtelt, wobei die Akteure und Netzwerke auf verschiedenen Stufen arbeiten und miteinander Kontakt herstellen (Hooghe and Marks 2001).

Europäisches Semester - Das Europäische Semester, eingeführt 2010, ist ein jährlicher Veranstaltungszyklus zur wirtschafts-, haushalts- und sozialpolitischen Koordinierung. Wichtigstes Ergebnis des Semesters sind die Länderspezifischen Empfehlungen, die der Rat der EU für jeden Mitgliedstaat herausgibt. Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik gelten als Bestandteil des Europäischen Semesters. Die Empfehlungen werden im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Verfahrens bei makroökonomischen Ungleichgewichten herausgegeben. Zudem spricht das Europäische Semester die Probleme an, die sich für die EU hinsichtlich des Doppelziels von digitalem Wandel und Klimawandel auf tun, und zwar mit Bezug auf vier Bereiche: nachhaltige Umwelt, Produktivität, Gerechtigkeit, makroökonomische Stabilität.

Leere Worte oder echte Wende

Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen
im Bildungswesen im Spannungsfeld
von EU-Verwaltung und
europäischer Privatisierung

Demokratie in der Arbeitswelt meint alle Mitwirkungsrechte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen, die direkt oder indirekt durch Gewerkschaften, Betriebsräte, betriebliche Vertrauensleute oder sonstige Formen der Arbeitnehmervertretung, gleich auf welcher Stufe, ausgeübt werden. Sie wird einerseits als Selbstzweck und andererseits als Mittel zur Verwirklichung weiterer wertvoller Ziele verstanden. Eingeteilt wird sie in vier Teilbereiche (Eurofound 2018):

- **Autonomie** der Tarifpartner bei Tarifverhandlungen;
- **Vertretungs**befugnisse sowohl auf übergeordneter (Tarifverhandlungen, Sozialdialog) als auch auf Betriebsebene (Betriebsrat usw.);
- **Mitbestimmung** als Mechanismus, mit dem die ArbeitnehmerInnen auf Betriebsebene in Entscheidungen der Geschäftsführung einbezogen werden;
- **Einflussnahme**, gebunden an die Verhandlungsmacht und die relative Fähigkeit beider Lager, bei Tarifverhandlungen oder Entscheidungen der Geschäftsführung auf das jeweils andere Lager einzuwirken.

Arbeitsbeziehungen - der Begriff bezeichnet das Regelwerk, das den Rahmen bildet für Beschäftigung und Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen, sowie die Aufstellung, Änderung, Auslegung und Umsetzung dieser Regeln durch Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat. Es geht dabei weniger um individuelle als um kollektive Aspekte der Arbeitsbeziehungen zwischen ArbeitnehmerInnen, Arbeitgebern und ihren jeweiligen VertreterInnen. Dies schließt auch eine dreigeteilte Dimension unter Einbeziehung öffentlicher Behörden (auf verschiedenen Ebenen) mit ein (Europäische Kommission 2019).

Sozialdialog - alle Arten von Verhandlungen, Beratungen oder einfach Informationsaustausch zwischen RegierungsvertreterInnen, Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen von gemeinsamem Interesse (Europäische Kommission 2017).

- **Verhandlungen** - führen üblicherweise zu einer formellen Vereinbarung (z.B. Tarifvertrag).
- **Anhörung** - Organisationen wie Bildungsgewerkschaften werden aufgefordert, ihren Standpunkt darzulegen. Das leitende Gremium (z.B. Regierung) kann diesen Standpunkt akzeptieren/berücksichtigen oder auch nicht.
- **Kommunikation** - Austausch von Informationen zwischen verschiedenen Beteiligten.

QUELLENVERZEICHNIS

Ball, S.J. (2007). *Education plc: Understanding private sector participation in public sector education*. London: Routledge.

Ball, S.J. & Youdell, D. (2008). *Hidden privatisation in public education*. Brussels: Education International.

Dunne, N. (2017). *Perspectives on liberalisation*. (May 17, 2017). LSE Legal Studies Working Paper. (6).

Education International (2009). *Public Private Partnerships in Education*. Brussels: Education International.

Eurofound (2018). *Measuring varieties of industrial relations in Europe: A quantitative analysis*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

European Commission (2017). *Vademecum. Commission support to EU Social Dialogue: A Practical Guide for European Social Partner Organisations and their National Affiliates*. July 2017.

European Commission (2019). *Budget Heading 04 03 01 08. Improving expertise in the field of industrial relations. Call for Proposals VP/2019/004*. Brussels: European Commission Employment, Social Affairs and Inclusion DG.

Grimaldi, E. & Serpieri, R. (2013). Privatising education policymaking in Italy: New governance and the reculturing of a welfarist education state. *Education Inquiry*, 4:3, 443-472, DOI: 10.3402/edui.v4i3.22615.

Gunter, H. M., Grimaldi, E., Hall, D., & Serpieri, R. (Eds.). (2016). *New public management and the reform of education: European lessons for policy and practice*. London: Routledge.

Hogan, A., & Thompson, G. (2017). *Commercialisation in education*. In: Oxford research encyclopedia of education. Oxford University Press.

Leere Worte oder echte Wende

Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen
im Bildungswesen im Spannungsfeld
von EU-Verwaltung und
europäischer Privatisierung

Hooghe, L. & Marks, G. (2001). *Multi-Level Governance and European Integration*. Lanham, M.D.: Rowman & Littlefield.

Tröhler D. (2016) *Educationalization of Social Problems and the Educationalization of the Modern World*. In: Peters M. (eds) *Encyclopedia of Educational Philosophy and Theory*. Springer, Singapore. https://doi.org/10.1007/978-981-287-532-7_8-1

Valiente, O., Capsada-Munsech, Q., & G de Otero, J.P. (2020). Educationalisation of youth unemployment through lifelong learning policies in Europe. *European Educational Research Journal*, 19(6), 525-543. <https://doi.org/10.1177/1474904120908751>

Verger, A. (2020). Privatization. *The Blackwell Encyclopedia of Sociology*. Edited by George Ritzer and Chris Rojek. JohnWiley & Sons, DOI: 10.1002/9781405165518.wbeosp099.pub2



ETUCE-CSEE

Boulevard Bischoffsheim 15, B- 1000 Brussels
secretariat@csee-etuce.org

WWW.CSEE-ETUCE.ORG

